

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Bafög: In Chancengleichheit investieren | 14 | Gute Arbeit weltweit |
| 03 | Bund soll Wissenschaft besser fördern können | 15 | Der Weltmädchentag |
| 04 | Die Herausforderungen von Industrie 4.0 | 16 | Treibhausgase in Biokraftstoffen reduzieren |
| 06 | Der Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion | 16 | Breitbandausbau vorantreiben |
| 08 | Koalition einigt sich auf Karenzzeit | 17 | Straßengütertransport entbürokratisieren |
| 09 | Der Bericht zur deutschen Einheit | 18 | Wahl der Verfassungsrichter transparenter machen |
| 11 | Aktuelle Stunde zur Lage der Bundeswehr | 18 | Beamtenversorgung anpassen |
| 12 | Leistungen für Asylbewerber verbessern | | |
| 13 | Kampf gegen die Todesstrafe | | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARIA MUSSOTTER
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 10.10.2014 13.00 UHR

TOP-THEMA

In Bildung und Chancengleichheit investieren

Der Bundestag hat an diesem Donnerstag zum ersten Mal die Koalitionspläne zur umfassenden Modernisierung der Ausbildungsförderung BAföG beraten. Unter anderem sollen die Leistungen spürbar verbessert, mehr Studierende gefördert und die Länder zu 100 Prozent von den BAföG-Zahlungen entlastet werden.

Das während der Kanzlerschaft Willy Brandts (SPD) eingeführte Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz BAföG) ist eines der wichtigsten Instrumente der Studienfinanzierung, um jungen Menschen die Tür für eine Hochschulbildung und den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen, betonten SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Oliver Kaczmarek, stellvertretender Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe Bildung und Forschung, im Plenum. „Für uns Sozialdemokraten hat das BAföG eine besondere Bedeutung“, so Oppermann.

Die staatliche Ausbildungsförderung werde nun mit der geplanten 25. BAföG-Reform an die zeitgemäße Lebenswirklichkeit der Auszubildenden angepasst und substantiell verbessert.

Mehr Geld, mehr Geförderte, mehr Bildungsgerechtigkeit

Das Kabinett hatte bereits am 21. Juli 2014 ein Eckpunktepapier zur Ausweitung und Modernisierung des BAföG vorgestellt. Nun wurde der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung in 1. Lesung im Bundestag beraten (Drs. 18/2663).

Der Entwurf sieht vor, mit Beginn des Schuljahres 2016 bzw. Wintersemesters 2016/17, die Bedarfssätze und Freibeträge für alle BAföG-Geförderten um sieben Prozent zu erhöhen. Zudem sollen die Vermögensfreibeträge und Hinzuverdienstgrenzen angehoben und der Wohnzuschlag auf 250 Euro aufgestockt werden. „Dies ist die größte BAföG-Erhöhung seit 2008“, stellte Oppermann klar.

Auch weitere Anpassungen an die Bachelor/Master-Studienstruktur und zunehmende Internationalität, eine Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags sowie eine weitere Entbürokratisierung und elektronische Antragsstellung sieht der Gesetzentwurf vor.

Bereits ab dem 1. Januar 2015 will der Bund die volle Finanzierung der staatlichen Förderung übernehmen und die Länder damit dauerhaft um jährlich 1,17 Milliarden Euro entlasten. Bisher mussten diese zu den BAföG-Kosten 35 Prozent beisteuern. Die frei werdenden Mittel sollen die Bundesländer in Bildung investieren.

BAföG-Reform mit „Doppeleffekt“

Die BAföG-Reform sei nicht nur ein Gewinn für die aktuell Studierenden, betonte Oppermann. Sie erziele einen „Doppeleffekt“: Erstens gleiche man durch die Anhebung der Bedarfssätze verloren gegangene Kaufkraft bei den Geförderten aus und ermögliche durch die Erhöhung der Freibeträge 110.000 zusätzlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Weg zur BAföG-Förderung. Zweitens sparen die Länder und Kommunen durch den Wegfall ihrer bisherigen BAföG-Ausgaben allein in dieser Wahlperiode rund 3,5 Milliarden Euro. Diese Mittel sollten sie von 2015 an in Kinderbetreuung und Schulen investieren, so Oppermann. Denn für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Schon bei der frühkindlichen Bildung werden gleiche Zugangschancen zu höheren Bildungsabschlüssen gelegt.

Die SPD-Abgeordnete Daniela De Ridder ergänzte, dass man mit der Erhöhung der Kinderzuschläge auch explizit die Vereinbarkeit von Familie und Studium fördere. Darüber hinaus werde der Zugang zum BAföG für Inhaber humanitärer Aufenthaltstitel oder junge

Menschen mit „Geduldeten“-Status vereinfacht. „Für uns ist das ein Gebot von sozialer Gerechtigkeit und Vielfalt“, sagte De Ridder.

Verbesserungen auch beim „Meister-BAföG“

Die geplante Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge im BAföG ist per Gesetz automatisch gekoppelt mit der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), bekannt als das „Meister-BAföG“. Neben förderberechtigten Schülerinnen und Schülern und Studierenden erhalten also auch förderberechtigte Fachkräfte von 2016 an mehr Geld.

Es sei nur folgerichtig, auch bald eine Reform des Meister-BAföG nachzuziehen, betonte Martin Rabanus, der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion. Denn auch hier gebe es einige Modernisierungsansätze. Eine Weiterentwicklung des Meister-BAföG wurde von den Koalitionsfraktionen bereits im Koalitionsvertrag vereinbart.

Alle Rednerinnen und Redner der SPD-Bundestagsfraktion waren sich einig, dass die akademische und die berufliche Bildung für Deutschland gleichermaßen wichtig seien und daher keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden dürften.

Der Gesetzentwurf zur BAföG-Reform geht nun in die parlamentarische Beratung. Ende des Jahres soll das Änderungsgesetz vom Bundestag verabschiedet werden

Bund soll Wissenschaft besser fördern können

Der Bundestag hat am Freitag erstmals die von der Bundesregierung geplante Änderung des Grundgesetzes (Art. 91b GG) beraten. Das so genannte Kooperationsverbot soll gelockert werden, damit Bund und Länder künftig dauerhaft in Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenarbeiten können. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das ein erster wichtiger Schritt für die Bildungs- und Forschungslandschaft in Deutschland.

Für eine international wettbewerbsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft kommt den Hochschulen eine Schlüsselfunktion zu. Sie übernehmen mit ihrer Einheit aus Forschung und Lehre den Wissens- und Technologietransfer und tragen entscheidend zur Innovationsfähigkeit Deutschlands in einer globalisierten Welt bei.

Doch das deutsche Bildungs- und Wissenschaftssystem steht vor großen Herausforderungen, für die sie finanzielle Planungssicherheit benötigen. Um diese zu meistern, sind neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden im Wissenschaftsbereich notwendig. Die bringt die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der Unionsfraktion nun auf den Weg.

Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Länder

An diesem Freitag hat der Bundestag in 1. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes beraten (Drs. 18/2710). Ziel der Verfassungsänderung ist die Lockerung des so genannten Kooperationsverbots von Bund und Ländern, damit der Bund neben Forschung und Wissenschaft künftig auch die Hochschulen fördern kann. So soll die Grundfinanzierung der akademischen Ausbildung verbessert und die Forschung und Lehre überregional weiter gestärkt werden. Die Grundgesetzänderung ist auch die Voraussetzung dafür, dass der Bund wie vereinbart von 2015 an die vollständigen BAföG-Zahlungen der Länder übernehmen kann.

Die SPD-Fraktion wolle ein dauerhaftes Zusammenwirken von Bund und Ländern zur Verbesserung der Wissenschaftslandschaft in Deutschland ermöglichen, betonte Fraktionsvize Hubertus Heil im Plenum. Nicht „Projektitis“, sondern finanzielle Planungssicherheit bringe die

Hochschulen weiter. Das Kooperationsverbot sei ein „Fehler“ gewesen, den man nun korrigieren werde.

Auch für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann ist klar: „Wir brauchen mehr Kooperationen im Hochschulbereich und müssen uns einstellen auf eine veränderte Wissenschaftsarchitektur“. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaftslandschaft werde mit der Verfassungsänderung nachhaltig gestärkt, und Kooperationen von Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden deutlich erleichtert.

SPD-Fraktion will Kooperationsverbot langfristig komplett kippen

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt es, das Kooperationsverbot im gesamten Bildungsbereich – also auch für Schulen – aufzuheben. Der Bund müsse „endlich wieder gemeinsam mit den Ländern in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investieren“, sagte Fraktionschef Thomas Oppermann im Vorfeld der Bundestagsdebatte.

Da es gegenwärtig noch keine 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat für eine weitreichendere Abschaffung des Kooperationsverbots gibt, nutzten Hubertus Heil und Ernst Dieter Rossmann die Bundestagsdebatte, um bei der Koalitionsfraktion und Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) für diesen „nächsten großen Schritt“ zu werben. Der Freitag debattierte Gesetzentwurf markiere deshalb für die SPD-Fraktion einen wichtigen weiteren Schritt zum Ziel, aber noch nicht das Ende ihrer Ziele und Anstrengungen, machte Rossmann klar.

WIRTSCHAFT

Die Herausforderungen von Industrie 4.0

Das Schlagwort Industrie 4.0 erobert die Wirtschaft, es geht um die intelligente, internetbasierte Vernetzung aller Unternehmensbereiche. Doch wo steht Deutschland?

Die Wirtschaft wandelt sich rasant. Ganze Volkswirtschaften stehen im Zeitalter der Digitalisierung und Vernetzung vor großen Herausforderungen. Es geht um Informatisierung, Ressourceneffizienz, intelligente Fabriken und Individualisierung von Produkten. Kurz: eine vierte industrielle Revolution (nach Dampfmaschine, Fließbändern und Automatisierung). Diese Entwicklung wird unter dem Schlagwort Industrie 4.0 zusammengefasst.

Dahinter verbirgt sich die Strategie, Techniken dem digitalen Zeitalter vollständig anzupassen und alle Firmenbereiche (etwa Produktentwicklung, Produktion, Logistik, Kundenmanagement) internetbasiert zu vernetzen. Auf der anderen Seite wird die Frage diskutiert, welche Rolle Arbeitnehmer bzw. „menschliche“ Arbeitsplätze künftig einnehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Industrie 4.0 zu ihrem Thema gemacht und ihren diesjährigen Wirtschaftsempfang unter dieses Motto gestellt. Im Vorfeld lud SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil zu einem Pressegespräch, um die Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion in Bezug auf Industrie 4.0 zu erläutern.

Heil sagte, mit der Strategie Industrie 4.0 betrete Deutschland zwar kein Neuland, dennoch gebe es „unkartierte Bereiche“. Deshalb müsse die Wirtschaft mit der Forschung, der Politik und den Gewerkschaften über drei wesentliche Dinge diskutieren: ökonomische Rahmenbedingungen, Gestaltung der Arbeitswelt und IT-Sicherheit.

Welche Rolle spielt der Mensch künftig?

Bei der Digitalisierung existiere Aufholbedarf, so Heil. Insbesondere die Existenzgründung müsse erleichtert werden, dazu gehöre die Bereitstellung von Wagniskapital. „Wir wollen, dass die Regierung Rahmenbedingungen für Gründungs- und Wachstumsfinanzierung verbessert“, sagte Heil. IT-Startups müssten leichter an Wagniskapital herankommen und von bürokratischen Lasten befreit werden.

Welche Rolle spielt künftig der Mensch, wenn Maschinen immer besser miteinander kommunizieren? Wie entwickeln sich Berufsbilder? Solche Fragen gelte es zu erörtern bei der vierten industriellen Revolution und ihrer Arbeitswelt.

Die IT-Sicherheit schließlich sei eines der wichtigsten Anliegen. „Big Data ist ein großes Thema“, sagte Heil. Hier bedürfe es einer Regulierung, die den Spagat finde zwischen Datenschutz auf der einen Seite und Innovationsmöglichkeiten von Firmen, deren Geschäftsmodelle auf Dateninformation beruhen, auf der anderen. Flexibilität und Sicherheit „müssen neu vermessen werden“, forderte der SPD-Fraktionsvize.

Die Sorge der Wirtschaft vor Datenspionage sei groß. Es gehe um Geschäftsgeheimnisse, denn: „Daten sind die Währung der Zukunft“, so Heil. Um die Wirtschaftsspionage erfolgreich abwehren zu können, müsste die Industrie auch technisch gut gerüstet sein.

Standortvorteile Deutschlands nutzen

Insgesamt, bilanzierte Hubertus Heil, müssten Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften weiter denken. Als Beispiel für die Notwendigkeit der Weiterentwicklung nannte er den IT-Anteil bei der Wertschöpfung eines Autos. Der liege im Moment bei 30, künftig jedoch bei 60 Prozent.

Im Dialog sollten nun Instrumente entwickelt werden, die den Standortvorteilen Deutschlands – industrielle Wertschöpfung und innovativer Mittelstand – weiterhin gerecht werden. Dazu zählten der stärkere Breitbandausbau und ein massiver Einbezug der Forschung. „Hier müssen mehr Cluster gebildet werden“, sagte Heil. Es gehe einerseits darum, Ängste zu nehmen, und andererseits, eine strategische digitale Industriepolitik zu kreieren. Um vor allem den Mittelstand dabei zu unterstützen, müssten mehr Wachstumsfinanzierungen angeschoben werden, zum Beispiel durch die Förderprogramme der KfW-Bankengruppe. Eher kritisch sieht Heil Maßnahmen wie crowdlanding (Geld verleihen). Das sei noch ziemlich unreguliert, Stichwort grauer Kapitalmarkt.

Bessere Abschreibungsmöglichkeiten?

Heil brachte als weitere Möglichkeit zur Mobilisierung von mehr privaten Investitionen bessere Abschreibungsbedingungen für die Unternehmen ins Gespräch. „Ich finde, dass wir die Debatte darüber mit offenem Visier führen sollten.“ Man könne die Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen generell verbessern oder diese Vergünstigungen etwa auf Investitionen in der Informationstechnik konzentrieren.

Derzeit hält Heil bessere Abschreibungsmöglichkeiten vor allem wegen der Investitionsschwäche in Deutschland für überlegenswert. Es könne aber auch eine Lage eintreten, in der die konjunkturelle Entwicklung das erfordern könnte. Allerdings sehe er derzeit zwar eine schwächere Wachstumsentwicklung, aber noch keine Rezession heraufziehen. Es bestehe kein Anlass zu Angst und Panik, sagte er.

Wirtschaftsempfang: Machen wir Deutschland fit für die „Industrie 4.0“!

Unter dem Motto „Industrie 4.0“ hat die SPD-Bundestagsfraktion am Montag zu ihrem traditionellen Wirtschaftsempfang nach Berlin geladen. Rund 700 Gäste diskutierten mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Chancen und Herausforderungen der Produktions- und Arbeitswelten im digitalen Zeitalter. Beim abendlichen Empfang machten Siemens-Chef Joe Kaeser und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel deutlich, dass Deutschland als Industrienation im internationalen Wettbewerb mehr Gestaltungsmacht habe als viele glauben, sofern sich unsere Industrienation auf ihre Stärken besinne und Veränderungsbereitschaft zeige.

„Wir betreten alle miteinander unkartierte Gewässer“, stellte Fraktionsvize Hubertus Heil nach der Begrüßung im Bundestag klar. Um Deutschland für den anstehenden Strukturwandel bestmöglich aufzustellen, brauche es einen starken Verbund zwischen der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Sozialpartnern und der Politik, der für Deutschland gemeinsam Antworten auf die zunehmende Digitalisierung erarbeite. Die SPD-Bundestagsfraktion wolle diesen Dialog mit Veranstaltungen wie dem Wirtschaftsempfang vorantreiben.

In drei Gesprächsrunden diskutierten Fachpolitiker/innen der SPD-Fraktion mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, was "Industrie 4.0" für sie bedeutet, wie deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben können, welche Herausforderungen uns in der Arbeitswelt oder beim Thema Normen, Standards und Datenschutz begegnen werden.

„Wir können Digitalisierung nicht abwählen“

Der wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Tiefensee, führte bei der von ihm moderierten Podiumsdiskussion in das Thema Industrie 4.0 ein.

Für Manfred Wittenstein, Aufsichtsratsvorsitzender der Wittenstein AG, steht Industrie 4.0 für „die Produktions- und Arbeitswelten der Zukunft“. Die größte Chance aber auch Herausforderung liege in neuen intelligenten Vernetzungen – zwischen Objekten, zwischen Mensch und Maschine, zwischen realen und virtuellen Daten.

Auch Henning Kagermann, Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, plädierte dafür, den gesamtgesellschaftlichen Dialog zu suchen. Denn „wir können Digitalisierung nicht einfach abwählen“. Stattdessen sollte man in Deutschland Kompetenzzentren aufbauen, die steigende Souveränität des Kunden einkalkulieren und an einem digitalen Binnenmarkt Europa arbeiten.

Politik habe das Thema erkannt und bereits einiges getan, versicherte Brigitte Zypries (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Seit 2013 gebe es beispielsweise die gleichnamige Kooperations-Plattform Industrie 4.0, diverse Förderprogramme und eine Monitoringstelle für Standardisierungen.

Auswirkungen auf den „Arbeitsmarkt 4.0“ frühzeitig begegnen

Beim Fachforum "Arbeit 4.0" diskutierte Sabine Poschmann, SPD-Fraktionsbeauftragte für Mittelstand und Handwerk, mit ihren Podiumsgästen "die Rolle des Menschen" in einer Industrie 4.0 und die Konsequenzen für die Aus- und Weiterbildungssysteme.

„Wir müssen differenziert an die Personalfragen der Zukunft herangehen“, forderte Uwe Schirmer, Direktor der Zentralabteilung für Personalgrundsatzfragen bei der Robert Bosch GmbH. So brauche man in Kreativbereichen selbstverständlich eher eine "Start-up Kultur" als in

der Fertigung. Und ob man durch die Digitalisierung künftig mehr oder weniger Arbeitskräfte benötige, sei noch nicht klar.

Auch Wolfgang Schroeder, tätig für die IG Metall und Professor an der Universität Kassel, sprach sich dafür aus, weder „Ängste zu schüren“ noch „blauäugig in die Debatte reinzugehen“. Besonderen Handlungsbedarf sieht Schroeder vor allem bei der Weiterbildung von Geringqualifizierten – und in der Forschung.

Dies unterstrich auch Sabine Pfeiffer, Professorin der Universität Hohenheim, ISF München – Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung: Man solle das "Erfahrungswissen" nicht unterschätzen. Einem Hilfsarbeiter Google Glasses aufzusetzen, mache ihn noch nicht zu einem Facharbeiter, so Pfeiffer. Deutschlands Wettbewerbsvorteil sei das Know-how einer Industrienation und ihr Fundament die duale Ausbildung von Fachkräften. Dieses Wissen könne weniger schnell kopiert werden als beispielsweise eine IT-Software und sollte daher der Ansatzpunkt sein.

Alle Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich einig, dass Deutschland für die digitalisierte Arbeitswelt der Zukunft daher vor allem noch mehr Facharbeiterinnen und -arbeiter braucht, die Kompetenzen in drei Bereichen mitbringen: Mechanik, Elektronik und Programmierung/Internet.

Anforderungen an Standards frühzeitig definieren

Im Fachforum "Rahmensetzung 4.0" beschäftigten sich die Panelteilnehmer mit dem Thema Standardisierung und Datensicherheit. Die Moderation übernahm Gabriele Katzmarek, Berichterstatterin für Industrie 4.0 der SPD-Bundestagsfraktion.

Gesche Joost, Digitale Botschafterin Deutschlands der Bundesregierung, sagte, es sei wichtig, sich in Deutschland schnell über Datenschutzstandards zu verständigen, die für den Verbraucher und auch auf internationalen Märkten handelbar seien.

Claudia Eckert, Institutsleiterin des Fraunhofer AISEC, wünschte sich in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung mehr Förderung von Referenzlabors, in denen die deutsche Forschung und Wirtschaft in realer Umgebung experimentieren und besagte Standards entwickeln könne.

Wie Joost plädierte auch Stefan Weisgerber, Abteilungsleiter beim DIN Deutsches Institut für Normung, dafür, bei dieser Entwicklung von Normen und Standards schnellstmöglich eine europäische Perspektive zu entwickeln.

Noch ist nicht entschieden, wer die Industrie 4.0 beherrschen wird

In seiner Keynote auf dem abendlichen Empfang ermutigte der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Joe Kaeser, die zahlreichen Gäste: „Es gibt keinen Grund, mit großer Sorge in die Zukunft zu schauen.“ Es gebe kein Land, das so integrierte Wertschöpfungsketten habe wie Deutschland. „Wir müssen nur aufgeschlossen sein.“ Als Erfolgsfaktor Deutschlands sehe Kaeser die Technologiekompetenz. Die größte Gefahr für Deutschland seien dabei nicht Google & Co., sondern die geopolitischen Risiken.

Auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte in seiner anschließenden Rede, er sei überzeugt, dass Deutschland gerade wegen seines hohen Grades an Industrialisierung in einer digitalen Ökonomie große Wettbewerbschancen habe. Industrie 4.0 zeige doch eigentlich, dass es nicht um die so genannte "New Economy" oder "Old Economy" gehe, sondern um die "Next Economy". Denn „die eigentliche Fähigkeit unseres Landes“ sei doch seit rund 200 Jahren „die Innovation und die Integration: die Innovation, neue Produkte und neue Verfahren zu erfinden und sie dann in den vorhandenen Produktions- und Dienstleistungsprozess so zu integrieren, dass man daraus ökonomischen und sozialen Erfolg kreieren kann“.

Laut Gabriel spiele das Thema Qualifikation und Offenheit hier eine wichtige Rolle. Investition in Bildung sei elementar, um die beschriebene deutsche Kernkompetenz aufrechtzuerhalten und auszubauen. Zudem werde Deutschland "den Wandel" nur dann gut bewältigen können, „wenn wir ihn optimistisch und im Bewusstsein unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Stärken“ gestalten.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Fraktionsvize Hubertus Heil zogen eine positive Bilanz. Noch sei nicht entschieden, wer die Industrie 4.0 beherrschen werde: diejenigen mit der Industrieprozess-Kompetenz oder diejenigen mit der IT-Software. Deutschland sollte sich auf seine Stärken besinnen und diese neu vernetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion werde auch über den Wirtschaftsempfang hinaus den Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialpartnern vorantreiben. Denn, so Oppermann, „unsere Aufgabe ist es, aus technischem Fortschritt einen gesellschaftlichen zu machen“.

Hier gibt es Bilder vom Empfang: <https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion>

INNENPOLITIK

Koalition einigt sich auf Karenzzeiten

Die Fraktionsspitzen von Union und SPD haben sich auf feste Regeln für Politikerwechsel in die Wirtschaft geeinigt. Für ausscheidende Regierungsmitglieder soll künftig eine Karenzzeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten.

Ziel einer Karenzzeit, also Übergangszeit, ist es, dem Anschein von problematischen Interessenverflechtungen und der Beeinflussung von Amtshandlungen durch die Interessen des neuen Arbeitgebers vorzubeugen. Ausscheidende Spitzenpolitiker einer Regierung sollen nicht als Türöffner und Lobbyisten engagiert werden, weil sie über wertvolle Kontakte und Insiderinformationen verfügen, die weit über ihr Fachgebiet hinausgehen können. Das könnte letztlich sogar zu einem Problem für die Demokratie werden.

Eine Regelung über eine Karenzzeit ist demnach korruptionsvorbeugend und wirkt Machtungleichgewichten entgegen. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits zu Beginn des Jahres eine klare Regelung für den Wechsel von Politikerinnen und Politikern in die Wirtschaft gefordert, um möglichen Interessenskollisionen von Anfang an einen Riegel vorzuschieben.

Mit der CDU/CSU-Fraktion haben sich die Sozialdemokraten nun auf eine Regelung mit Augenmaß verständigt, die sich an den Vorgaben für die Europäische Kommission orientiert: Künftig müssen Minister und Parlamentarische Staatssekretäre unverzüglich anzeigen, wenn sie eine Tätigkeit außerhalb des Parlaments oder des öffentlichen Dienstes aufnehmen wollen. Die Bundesregierung wird dann jeweils im Einzelfall entscheiden, ob eine Karenzzeit einzuhalten ist. Ihre Entscheidung wird sie auf Grundlage des Vorschlags eines beratenden Gremiums aus unabhängigen Persönlichkeiten treffen. Dieses Expertengremium soll mit Personen besetzt werden, die über hohe Reputation und viel Erfahrung verfügen, etwa ehemalige Bundesverfassungsrichter.

Kabinetts muss per Gesetz ermächtigt werden

Wenn bei Berücksichtigung aller Umstände keine Interessenskonflikte drohen, soll auf eine Karenzzeit verzichtet werden. In allen anderen Fällen gilt eine Karenzzeit, deren Dauer in der Regel bis zu zwölf Monate und in besonderen Fällen bis zu 18 Monate betragen kann. Die konkreten Einzelheiten muss die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf ausarbeiten. Der ist

nötig, weil es sich hier um eine Einschränkung der Berufsausübung handelt. Per Gesetz muss das Kabinett ermächtigt werden, zu entscheiden.

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender, sagt: "Diese Regelungen sind ein Beitrag zur politischen Kultur in unserem Land." Die Maßnahmen seien "angemessen und mit Augenmaß".

Der Bundestag hat am Donnerstagabend in einer Geschäftsordnungsdebatte über die Karenzzeit diskutiert.

Der SPD-Abgeordnete Mahmut Özdemir sagte, es gehe der SPD-Fraktion um eine "vernunftgemäße Gesetzesänderung, die Regierungskennntnisse nicht zu einem wirtschaftlichen Gut herabwürdigt." Dass die Bundesregierung als Kollegialorgan die Entscheidungshoheit über einen beabsichtigten Wechsel habe, sei "die wichtigste Bedingung für eine effektive Regelung."

OSTDEUTSCHLAND

Bundestag debattiert Bericht zur Deutschen Einheit

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig 70.000 Menschen gegen das DDR-Regime. 25 Jahre danach hat der Deutsche Bundestag über den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit diskutiert (Drs. 18/2665). Der diesjährige Bericht widmet sich intensiv der friedlichen Revolution in der DDR vor 25 Jahren. Er würdigt die Verdienste derjenigen, die sich für Bürgerrechte stark machten, dafür auf die Straße gingen und sich mutig gegen staatliche Willkür stellten. Sie haben die Mauer zum Einsturz gebracht.

„Ihre Freiheit haben sich die Ostdeutschen selbst erkämpft. Mit einer Revolution, bei der kein einziger Schuss gefallen ist und die wir deshalb voller Stolz als Friedliche Revolution bezeichnen dürfen“, sagte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (SPD). Der Bericht würdige auch das Leben der ganz großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die ganz einfach versucht habe, ein anständiges Leben zu führen. Es sei ein Leben voller Widersprüche gewesen. „Wir haben gewusst, dass in der Disco die Stasi immer mitgetanzt hat, aber wir sind trotzdem gerne tanzen gegangen“, erinnerte sich Gleicke. Doch es habe auch die Geschichten vom kleinen und großen Verrat gegeben, von Demütigung und Verfolgung, von Knast und Zwangsarbeit, vom Verlust geliebter Menschen durch Ausbürgerung, Flucht und schlimmstenfalls durch den Tod.

Heute Engagement und Solidarität zeigen

„Die DDR war ein Unrechtsstaat“, sagte der Leipziger Bundestagsabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Tiefensee. Dies solle man einfach stehen lassen, die Diskussionen darüber seien ermüdend. Für ihn gebe es drei Dinge, die aus der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und aus dem Transformationsprozess der deutschen Einheit für heute abzuleiten seien: "Seid nicht ohnmächtig, sondern engagiert euch“, dies gelte auch in einer Demokratie. Und es solle den Ländern in Europa Solidarität entgegengebracht werden, denen es nicht so gut gehe. Man solle nicht „auf andere herunter schauen“. Ebenso müsse Solidarität gegenüber den Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, mit einer Willkommenskultur gezeigt werden.

Unterstützung für strukturschwache Regionen in Ost und West

Die Sprecherin der Landesgruppe-Ost in der SPD-Fraktion, Daniela Kolbe, erinnerte daran, dass die DDR vor 25 Jahren „nicht nur politisch und moralisch am Ende war, sondern auch ökonomisch.“ Aus diesem heruntergewirtschafteten Staat sei innerhalb von 25 Jahren eine

Region geworden, die ökonomisch im Mittelfeld Europas stehe. Das zeige, was die Flexibilität, die Tatkraft und der Optimismus der Ostdeutschen sowie die historisch beispiellose Solidarität der Westdeutschen zu Wege gebracht habe. Dennoch sei es keine umfassende Erfolgsstory, sagte Kolbe. Sie machte deutlich, dass Ostdeutschland bei allen positiven Entwicklungen nach wie vor wirtschaftlich schlechter dastehe. Mit Blick auf den 2019 auslaufenden Solidarpakt II forderte sie, „strukturschwache Regionen daher auch über 2019 hinaus weiter zu unterstützen, aber nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit“.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass Ost- und Westdeutschland in einer so genannten ‚Gerechtigkeitsdebatte‘ gegeneinander ausgespielt werden“, warnte die Dortmunder Abgeordnete und Beauftragte für Mittelstand und Handwerk der SPD-Fraktion, Sabine Poschmann. Es gehe nicht um die Frage Jena oder Dortmund. Sondern es gehe um die Frage, wie die Lebensverhältnisse und die Bildungschancen aller Menschen in Deutschland verbessert werden können – unabhängig davon, wo sie leben.

Bericht zeigt: Stärkung der Wirtschaftskraft bleibt zentrale Aufgabe

Heute, 24 Jahre nach der Deutschen Einheit, haben sich die Lebensverhältnisse in Ost und West weitgehend angenähert. Ein Blick in den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014 zeigt, wo wir stehen.

Ostdeutschland verfügt mittlerweile über ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Verheerende Umweltschäden konnten beseitigt werden, die Innenstädte sind saniert worden und die Wohn- und Lebensqualität hat sich verbessert. Auch die ostdeutschen Hochschulen stehen gut da.

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung zwar verdoppelt, erreicht aber nicht mehr als zwei Drittel des Niveaus im Westen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen prägen dort das Bild. Großunternehmen fehlen weitestgehend. Die Konzernzentralen befinden sich zu 95 Prozent im Westen.

Im Jahresdurchschnitt 2013 wurde in Ostdeutschland die niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung erreicht. Aber mit 10,3 Prozent ist die dortige Arbeitslosenquote gegenüber 6 Prozent in Westdeutschland noch immer deutlich höher.

Das Steueraufkommen beträgt in Ostdeutschland zwei Drittel des Aufkommens in Westdeutschland. Je Einwohner beträgt es in Flächenländern im Osten 937 Euro gegenüber 1837 Euro in westdeutschen Flächenländern. So können die ostdeutschen Länder ihre Aufgaben durchschnittlich nur zu 50 Prozent aus den eigenen Steuereinnahmen decken. Die westdeutschen Länder erreichen immerhin über 80 Prozent.

Bei der demografischen Entwicklung steht Ostdeutschland vor einer enormen Herausforderung. Viele Menschen haben den Osten für einen Arbeitsplatz im Westen verlassen. Von 1990 bis jetzt ist die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland um elf Prozent gesunken. Obwohl auf Grund der Anziehungskraft Berlins im Jahr 2013 mehr Menschen von West- nach Ostdeutschland gezogen sind als umgekehrt, wird davon ausgegangen, dass bis 2030 ein weiterer Rückgang der Bevölkerung um 40 Prozent stattfindet.

Bei der immer noch unterschiedlichen Rentenberechnung in Ost und West soll mit dem Ende des Solidarpaktes II eine vollständige Angleichung vorgenommen werden. So haben es Union und SPD es in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Die Stärkung der Wirtschaft in Ostdeutschland bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe. Nur so können Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden sowie auch das Steueraufkommen in den neuen Ländern verbessert werden. „Die im Grundgesetz verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bleibt auf der politischen Tagesordnung und Maßstab einer dem

Gemeinwohl verpflichteten deutschen Politik“, heißt es im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2014.

AKTUELLE STUNDE

"Wir werden die Bundeswehr stärken"

Bei der Bundeswehr gibt es große Probleme bei der Beschaffung und Ausstattung. In einer Aktuellen Stunde am Mittwoch hat das Parlament die Missstände debattiert.

Als verlässlicher Bündnispartner steht Deutschland in der Pflicht, seine militärische Handlungsfähigkeit zu sichern. Die jüngsten Pannen beim Lufttransport von militärischen und humanitären Hilfen haben gezeigt: Es müssen nun rasch die richtigen Weichen gestellt werden, um vorhandene Missstände zu beheben. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte dazu: "Die Bundesverteidigungsministerin hat die Missstände nicht selbst zu verantworten. Aber sie ist gefordert, die Bundeswehr schnellstmöglich wieder fit zu machen."

Eine Unternehmensberatung hat ein Gutachten erstellt, das an diesem Montag vorgestellt wurde. Darin werden Mängel aufgelistet, die noch aus den Zeiten der Vorgänger von Ursula von der Leyen (CDU) stammen. Es wird deutlich: Der schlechte Materialzustand ist keine Frage des Geldes, sondern des richtigen Managements.

Jahrelange Warnungen durch das Parlament

In der Aktuellen Stunde am Mittwoch sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold, die Bundeswehr sei zwar "leistungsfähig, in manchen Bereichen aber nicht durchhaltefähig". Das gehe "auf die Knochen der Soldatinnen und Soldaten".

Arnold konstatierte, das Parlament sei nicht schuld an den Problemen. "Viele hier weisen seit Jahren auf Fehlentwicklungen hin". Und auch im Ministerium habe es Menschen gegeben, die gewarnt oder Ratschläge gegeben hätten - die aber hätten als Störenfriede gegolten.

Arnold bekräftigte, dass die Ministerin die Unterstützung der Koalition habe bei den Lösungsprozessen, die nun anstünden.

Zur Wahrheit gehöre, deutlich zu sagen, dass die Wirtschaft nicht verlässlich gearbeitet habe und auch, dass es im Verteidigungsministerium eine Struktur gebe, die den Rüstungsvorhaben nicht mehr gewachsen war.

"Die kritische Analyse war notwendig", sagte der SPD-Abgeordnete Thomas Hitschler mit Blick auf das Gutachten. Er wies auf ein weiteres Problem der Bundeswehr hin: die persönliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten. Die müsse dringend besser werden.

Einer pauschalen Forderung nach mehr Geld, erteilte Hitschler eine Absage: "Es muss ein Kulturwechsel, her, nicht einfach nur mehr Geld."

Bundeswehr wird besser ausgerüstet sein

Lars Klingbeil dankte der Ministerin für ihre offene Haltung. In Richtung der Linksfraktion sagte er: "Sie werden das nicht gern hören, aber wir werden die Bundeswehr in den nächsten Jahren stärken. Sie wird am Ende besser ausgerüstet sein."

Es ist für die SPD-Bundestagsfraktion klar, dass es nun keine schnellen Lösungen geben kann, sondern dass ein Maßnahmenbündel gefordert ist, das kurz- und mittelfristig wirkt. Dazu gehört u. a., den Materialbedarf für die Streitkräfte wieder zu 100 Prozent zu befüllen (bislang bei ca.

80 Prozent). Auch der Personalkörper sollte erhöht werden. Es ist aber auch notwendig, vertraglich vereinbarte Rechtsansprüche gegenüber der Industrie bei nicht fristgerechten und/oder unzureichenden Lieferungen auch durchzusetzen. Bei Neuverträgen müssen Regressansprüche rechtssicher verankert werden.

Im Verteidigungsministerium werden Task Forces und ein Lenkungsausschuss eingesetzt, die sich zügig mit den Lösungen in allen Bereichen, vor allem beim Rüstungsmanagement, befassen.

SOZIALES

Leistungen für Asylbewerber verbessern

Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 18. Juli 2012 die Höhe der Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylLB) für zu niedrig und unvereinbar mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum erklärt. Das Gericht forderte vom Gesetzgeber, die Leistungssätze neu zu regeln und sie künftig transparent, realitäts- und bedarfsgerecht zu ermitteln. Seitdem wurden die Leistungen bereits auf Grundlage einer Übergangsregelung gewährt.

Um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und des Sozialgerichtsgesetzes (Drs. 18/2592) vorgelegt. Den hat der Deutsche Bundestag am 9. Oktober in 1. Lesung beraten.

Das AsylbLG legt die Höhe und Form von Leistungen für Asylbewerber/innen und geduldete Ausländer/innen fest. Künftig sollen die Leistungen nach dem AsylLG wie die der Grundsicherung (SGB II) und Sozialhilfe (SGB XII) auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt und angepasst werden. Dadurch wird es zu deutlich höheren Leistungssätzen kommen. Die EVS wird alle fünf Jahre in enger Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern erhoben.

Die Gesetzesänderung regelt außerdem, dass die Wartezeit, bis Leistungen in gleicher Höhe wie die Sozialhilfe (SGB XII) erbracht werden, nicht mehr vier Jahre, sondern 15 Monate betragen soll. Kinder und Jugendliche sollen von Anfang an einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, z. B. für ihren persönlichen Schulbedarf, erhalten.

Länder und Kommunen entlasten

Darüber hinaus sollen minderjährige Kinder nicht mehr für die Verstöße ihrer Eltern gegen die aufenthaltsrechtlichen Mitwirkungspflichten mit Leistungsminderungen bestraft werden.

Bestimmte Personengruppen mit humanitären Aufenthaltstiteln wie Opfer von Menschenhandel oder Bürgerkriegsflüchtlinge sollen künftig nicht mehr unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen. Sie beziehen bei Bedürftigkeit Grundsicherung oder Sozialhilfe. Diese Neuregelung entlastet Länder und Kommunen im Jahr 2015 um 31 Millionen Euro und 2016 um 43 Millionen Euro. Für den Bund entstehen dadurch Mehrausgaben in Höhe von 27 Millionen Euro im Jahr 2015 und 37 Millionen im Jahr 2016.

Als Reaktion auf ein Urteil des Bundessozialgerichts vom Oktober 2013 wird zudem ein so genannter Nothelferanspruch im AsylLG geregelt. Krankenhäuser und Ärzte bekommen die Behandlungskosten erstattet, wenn sie Asylbewerber in medizinischen Eilfällen behandeln. Gleichzeitig wird die angemessene medizinische Versorgung von Asylbewerbern gewährleistet.

MENSCHENRECHTE

Europa – Vorreiter im Kampf gegen die Todesstrafe

Anlässlich des internationalen und europäischen Jahrestags zur Ächtung der Todesstrafe am 10. Oktober fordert die SPD-Fraktion die weltweite Abschaffung der Todesstrafe. Besonders in Europa muss dieser Verstoß gegen das Recht auf Leben rasch verhindert werden.

Ein klarer Trend zur Abschaffung der Todesstrafe ist erkennbar: Von 193 Staaten haben 150 die Todesstrafe abgeschafft oder beachten ein Moratorium für die Vollstreckung. Dennoch wurde nach Angaben von Amnesty International im letzten Jahr in mindestens 22 Staaten die Todesstrafe vollzogen. Dabei wurden mehr als 778 Menschen exekutiert, 96 mehr als 2012. Weltweit wurden 1925 Menschen zum Tode verurteilt, und rund 23.000 Menschen sitzen in Todeszellen. Fehlende staatliche Institutionen oder Bürgerkriege machen es dabei in Ländern wie beispielsweise China oder Syrien unmöglich, umfassende Zahlen zu ermitteln.

Anlässlich des Gedenktags setzt sich die SPD-Fraktion gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion mit dem Antrag „Europa – Vorreiter im Kampf gegen die Todesstrafe“ (Drs. 18/2738) für eine weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein.

Belarus einziges europäisches Land mit Todesstrafe

In Europa ist Belarus das einzige Land, das die Todesstrafe noch nicht abgeschafft hat. Dort wurden in diesem Jahr bereits zwei Menschen hingerichtet. Erst nach der Vollstreckung wurden deren Angehörige und die Anwälte informiert, die Familien durften die Toten nicht bestatten. Zwei weiteren droht die Hinrichtung.

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, richtet daher einen Appell an den osteuropäischen Staat, so rasch wie möglich wenigstens ein Hinrichtungsmoratorium zu erlassen. Denn: "Staatliches Töten im Namen einer vermeintlichen Gerechtigkeit widerspricht unseren Grundwerten", so Schwabe.

Nur wenige Staaten für Großteil der Hinrichtungen verantwortlich

Weltweit werden 95 Prozent aller Hinrichtungen von einem kleinen Teil der Staaten vollstreckt, die die Todesstrafe noch anwenden. Neben China, Irak und Iran sind das Saudi-Arabien, USA, Somalia, Sudan und Jemen. China ist dabei das Land mit den meisten Hinrichtungen. Genaue Zahlen sind nicht bekannt – das Thema wird als Staatsgeheimnis behandelt. Nach Schätzungen von „Amnesty International“ sollen es jedoch weiterhin Tausende sein. Deshalb lautet eine Forderung des Antrags, besonders bei diesen Staaten als Zwischenschritt für ein Moratorium zu werben.

Der Antrag, der anlässlich des Gedenktags am 10. Oktober vom Deutschen Bundestag debattiert und eingebracht wurde, bekräftigt die entschiedene Ablehnung der Todesstrafe und fordert internationale Anstrengungen zu ihrer Abschaffung. So wird die Bundesregierung aufgefordert, beispielsweise Initiativen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe voranzutreiben und zu unterstützen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Gute Arbeit weltweit

Weltweit müssen soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für Produktion und Handel gelten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Arbeit vorfinden – so fordert es ein Antrag der Koalitionsfraktionen.

Als 2013 ein Fabrikkomplex in Bangladesch einstürzte und mehr als 1100 Menschen dabei ums Leben kamen, war die Erschütterung groß. Denn die Arbeiterinnen und Arbeiter produzierten in der Fabriken vor allem Kleidung für westliche Unternehmen, darunter auch einige deutsche Firmen. Im Zuge des Unglücks entstand eine Debatte über weltweite soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für Produktion und Handel. Auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion wurde am Donnerstag im Bundestag ein Antrag der Koalitionsfraktionen zu diesem Thema debattiert. Eine Hauptforderung des Antrags: Stärkung und Umsetzung internationaler Vereinbarungen zu Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen.

Soziale Dimension globaler Wirtschaft

Produktions- und Lieferketten international tätiger Unternehmen sind zunehmend global verzweigt und durch internationale Arbeitsteilung gekennzeichnet. Auch Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren von den steigenden Auslandsinvestitionen, eine starke lokale Wirtschaft sorgt für eine nachhaltige Entwicklung. Viele dort tätige internationale Unternehmen sind sich ihrer besonderen Verantwortung vor Ort bewusst und richten ihre Ziele freiwillig und aus eigenem Interesse auch nach sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien aus. Einige tun dies aber nicht, unter anderem um Kosten zu sparen. Diese Haltung führt unter anderem dazu, dass Arbeitsrechte und -bedingungen leiden, Lohndumping oder Zwangs- und Kinderarbeit können die Folge sein. Gabi Weber von der SPD-Fraktion stellte in ihrer Rede daher klar: „Globale Wirtschaft hat zuerst eine soziale Dimension“. Die Verantwortung zur Einhaltung international vereinbarter Konventionen, wie den ILO-Kernarbeitsnormen liegt, so stellt es der Antrag von SPD und CDU/CSU (Drs. 18/117) fest, gerade auch bei den Regierungen und Parlamenten der jeweiligen Länder.

Verantwortung der Unternehmen

Aus ihrer Verantwortung entlassen werden können und sollen die Unternehmen jedoch nicht. Vor allem dann, wenn sie ihrer sozialen Verantwortung und Sorgfaltspflicht für ihre Lieferkette nicht ausreichend nachkommen. Im Fall der zusammengestürzten Fabriken in Bangladesch wurde ein von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) verwalteter Fonds zur Entschädigung der Opfer eingerichtet. Insgesamt sollen in diesen Fonds 40 Millionen US-Dollar von den in den Fabriken produzierenden Firmen eingezahlt werden, 17,6 Millionen Dollar sind bisher erst eingegangen. Auch in Deutschland ansässige Firmen sind ihren Beitrag noch schuldig.

Für Stefan Rebmann, stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit der SPD-Fraktion, ein unhaltbarer Zustand: „Hier ist der Weg der Freiwilligkeit zu Ende, hier muss nun auch die Regierung handeln.“ Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, dort Einfluss zu nehmen.

Um global gerechtere Produktion und Handel zu erreichen, wird die Bundesregierung weiterhin aufgefordert, sich für die Stärkung der ILO einzusetzen sowie für den weltweiten Schutz des Streikrechts. Außerdem sollen internationale Sozialnormen in Handelsabkommen aufgenommen werden.

SPD-Entwicklungspolitiker Sascha Raabe verwies zum Beispiel auf die laufenden Verhandlungen zu einem Abkommen mit Vietnam. Er forderte, dass in dem Handelsabkommen verbindlich gute Arbeitsbedingen verankert sein müssen.

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung auch auf, zu prüfen, ob durch ein Textil-Siegel mehr Transparenz in der Lieferkette für Verbraucherinnen und Verbraucher erreichbar ist. Und mit Blick auf aktuelle Fälle wie dem Bau der Fußballstadien für die Weltmeisterschaft 2022 in Katar wird gefordert, dass auch bei sportlichen Großveranstaltungen Arbeitsstandards eingehalten werden müssen. „Auch die Arbeiter auf den Baustellen in Katar haben ein Recht auf gute Arbeit“, stellte Hans-Joachim Schabedoth von der SPD-Fraktion in seiner Rede klar.

Situation von Mädchen weltweit in den Fokus rücken

Am 11. Oktober feiert der Internationale Weltmädchentag seinen dritten Geburtstag. Anlass für den Deutschen Bundestag, in einer Debatte am Tag zuvor die weltweite Situation von Mädchen einmal genauer zu betrachten und auf die noch immer bestehenden Probleme von Mädchen und deren Ungleichbehandlungen aufmerksam zu machen. Dabei offenbaren sich zum Teil erschreckende Zahlen.

Im Jahr 2011 wurde auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bundestag eingebracht, mit dem die damalige Bundesregierung aufgefordert wurde, sich bei den Vereinten Nationen für die Einrichtung eines Weltmädchentages einzusetzen. Der Bundestag nahm den Antrag mit großer Mehrheit an. Ein Jahr später wurde dann der Internationale Weltmädchentag das erste Mal begangen. Ziel des Jahrestages ist es, auf die Lage von Mädchen aufmerksam zu machen, denn sie sind noch immer besonders häufig Opfer von Gewalt, Ausbeutung, Ausgrenzung und Benachteiligungen – weltweit. Auch der SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, öffentlichkeitswirksam auf die Rechte der Mädchen aufmerksam zu machen und Maßnahmen zu entwickeln, mehr Geschlechtergerechtigkeit in Entwicklungs- ebenso wie in Industrieländern zu erreichen.

Gerade, aber nicht nur in Entwicklungsländern ist die Situation von Mädchen unter 18 Jahren teils dramatisch: 14 Millionen Mädchen weltweit werden jährlich zwangsverheiratet, jedes neunte davon noch bevor es 15 Jahre alt ist; jedes dritte Mädchen zwischen 13 und 19 Jahren hat bereits Gewalt erlitten, die Hälfte aller sexuellen Übergriffe richten sich gegen Mädchen unter 16 Jahren, und zwei Drittel aller Analphabeten sind Mädchen und Frauen. In einigen Gesellschaften beginnt die Ungleichbehandlung von Mädchen sogar schon vor der Geburt, wenn gezielt weibliche Föten abgetrieben werden.

65 Millionen Mädchen gehen nicht zur Schule

Als Ursachen für die Ungleichbehandlungen werden von Expertinnen und Experten Aspekte wie Armut, kulturelle Denkweisen und Traditionen, aber auch persönliche Überzeugungen genannt. Ein entscheidender Schritt hin zu mehr Gleichbehandlung ist Bildung. Nach Angaben der UNESCO gehen 65 Millionen Mädchen weltweit nicht zu Schule. Gelingt es einem Entwicklungsland jedoch, die Schulbildung von jungen Mädchen – und auch Jungen – voranzutreiben, sinken erfahrungsgemäß die Geburtenrate unter minderjährigen Mädchen und die Kindersterblichkeit, gleichzeitig steigt das Pro-Kopf-Einkommen.

Michaela Engelmeier, zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, macht zudem darauf aufmerksam, dass viele Mädchen nach ihrer Geburt nicht offiziell registriert werden würden. Aber nur wer registriert ist, hat Mitbestimmungsrechte und Zugang unter anderem zu Bildung. Engelmeier wirbt daher dafür, niedrigschwellige Registrierungsangebote zu schaffen, etwa mittels Handys, die zum Beispiel in Afrika weit verbreitet sind.

Mit Blick auf die Zukunft und den anstehenden Post-Agenda-2015-Prozess, weist Bärbel Kofler, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, darauf hin, dass in der Agenda Gleichberechtigung als eigenes Ziel stärker verankert werden müsse. Aber auch bei allen anderen neu zu verhandelnden Zielen der UN-Entwicklungsagenda müssten die Rechte von Mädchen und Frauen einfließen. „Nur dann ist eine nachhaltige Veränderung erreichbar“, so Kofler.

Der Internationale Weltmädchentag muss aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion über reine Symbolpolitik hinausgehen. Daher unterstützt die Fraktion von Beginn an den Tag und setzt sich umfassend für die weltweiten Rechte von Mädchen ein.

UMWELT

Treibhausgase in Biokraftstoffen reduzieren

Aus Klimaschutzgründen werden in Deutschland seit 2007 Biokraftstoffe gefördert. Demnach sind Unternehmen, die mit Kraftstoffen handeln, verpflichtet, einen Mindestanteil an Biokraftstoffen (Biokraftstoffquote) zu vertreiben. Das kann sowohl über das Beimischen von Biokraftstoffen zu Benzin bzw. Diesel erfolgen als auch über den anteiligen Vertrieb von reinen Biokraftstoffen.

Um die Klimabilanz von Biokraftstoffen zu verbessern, hat der Deutsche Bundestag im Jahr 2009 beschlossen, die Quote vom Jahr 2015 an auf eine Treibhausgasquote umzustellen. Das bedeutet, dass künftig vor allem jene Biokraftstoffe gefördert werden, die eine gute Klimabilanz haben, weil sie insgesamt weniger Treibhausgase ausstoßen, und zwar über die gesamte Verarbeitungskette hinweg vom Acker bis zum Tank. Dadurch besteht auch ein Anreiz, von der Anbaubiomasse wegzukommen, hin zu mehr abfallbasierten Biokraftstoffen.

Diese Umstellung erfolgt über eine Änderung im Bundesimmissionsschutzgesetz (Drs. 18/2442, 18/2776). Dazu hat der Deutsche Bundestag am 9. Oktober 2014 einen Gesetzentwurf der Regierung verabschiedet.

Die Umstellung auf die Treibhausgasquote ist auch eine europäische Vorgabe. Deutschland setzt dies als erstes Land in Europa um.

Die bisher nach Energiegehalt festgelegte Quote wird auf eine Treibhausgasminderungsquote von zunächst 3,5 Prozent im Jahr umgestellt. Das Gesetz sieht vor, dass die Quoten von 2017 an auf vier Prozent und ab dem Jahr 2020 auf sechs Prozent festgelegt werden. Diese Quoten entsprechen den EU-rechtlichen Vorgaben der Kraftstoffqualitätsrichtlinie.

INFRASTRUKTUR

Breitbandausbau vorantreiben

Damit die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbauziele der Internetversorgung (50 Mbit/s bis 2018) erreicht werden können, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die bisherige Breitbandstrategie des Bundes umfassend weiterzuentwickeln. Nun wurden ergänzende Lösungsvorschläge aus dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur beschlossen.

Die Koalitionsfraktionen haben sich beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ein „besonders ehrgeiziges Ziel gesetzt“, erklärte Martin Dörmann (SPD), Obmann des Ausschusses Kultur und

Medien und Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Digitale Infrastruktur. „Wir wollen, dass bis Ende 2018 in ganz Deutschland Hochgeschwindigkeitsbandbreiten von mindestens 50 Megabyte pro Sekunde verfügbar sind.“ Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sei es doch Konsens, so Dörmann, dass „schnelles Internet für alle“ sowohl Voraussetzung für ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten als auch für gesellschaftliche Teilhabe sei. Eine „digitale Spaltung zwischen gut versorgten Ballungsräumen auf der einen und abgehängten ländlichen Gebieten auf der anderen Seite“ könne man nicht zulassen, betonte Dörmann.

Schnelleres Internet für alle

Um dem Breitbandausbau daher neuen Schwung zu verleihen, unterstützten die Koalitionsfraktionen am Donnerstag eine ergänzende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur für ein „schnelleres Internet für alle“ (Drs. 18/1973) zu ihrem Antrag (Drs. 18/1973).

Die Bundesregierung solle den Breitbandausbau in Deutschland „im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel konsequent“ vorantreiben, um die geplante flächendeckende Internet-Versorgung auch zu erreichen, so die Forderung der Mitglieder von SPD und CDU/CSU des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. Ohne „beträchtliche Investitionen“ sei das Ziel nicht zu erreichen. Daher müssten nun Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit auch viele Unternehmen „in einem funktionierenden Wettbewerbsumfeld investieren“.

Angestrebt wird eine optimale Kombination aus guten Festnetz- und Mobilfunkverbindungen mit flächendeckend hohen Geschwindigkeiten. Die Ausschussmitglieder haben hierzu zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um vor allem zusätzliche Investitionsanreize zu setzen und bisherige Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

Zudem fordern die Parlamentarier, dass die Bundesregierung mit den Ländern „einen nationalen Konsens“ zum Breitbandausbau anstrebt. Vor allem die Ausgestaltung von Förderprogrammen und die weitere Frequenzplanung müsse dringend abgestimmt werden.

VERKEHR

Straßengütertransport in Europa entbürokratisieren

In Europa gibt es eine Vielzahl verschiedener mautpflichtiger Streckennetze und Mautsysteme. Ein Lkw, der europaweit zum Straßengütertransport eingesetzt werden soll, muss bei verschiedenen Mauterhebern registriert und mit mehreren elektronischen Erfassungsgeräten ausgestattet werden. Das soll sich ändern.

Mit der Einführung eines einheitlichen europäischen Mautdienstes soll nun der grenzüberschreitende Straßengütertransport in Europa unbürokratischer gemacht werden. Dazu hat die Bundesregierung an diesem Donnerstag einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 18/2656).

Der in 1. Lesung beratene Gesetzentwurf sieht vor, die Rechtsgrundlagen der Mauterhebung in Deutschland an die europäischen Vorgaben anzupassen. Die neuen Rechtsgrundlagen schaffen die Möglichkeit, dass ein Lkw, der europaweit zum Straßengütertransport eingesetzt werden soll, in Zukunft seine Mautgebühr auf Grundlage eines einzigen Vertrages mit einem einzigen Anbieter und mit nur einem einzigen Fahrzeuggerät in der gesamten EU entrichtet. „Mit Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes schaffen wir Interoperabilität,

wo bislang technisch und wirtschaftlich die Wirklichkeit der Mauterhebung in Europa weit auseinanderklafft“, so Sebastian Hartmann, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur.

RECHTSPOLITIK

Wahl der Verfassungsrichter transparenter machen

Anstelle der bisherigen indirekten Wahl durch den Wahlausschuss des Bundestages findet die Wahl von Bundesverfassungsrichterinnen und -richtern zukünftig ohne Aussprache unmittelbar im Plenum statt. Die Richter werden also künftig von allen Abgeordneten gewählt.

Artikel 94 des Grundgesetzes schreibt vor, dass die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts je zur Hälfte vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden. Im Unterschied zum Bundesrat wählt der Deutsche Bundestag die von ihm zu berufenden Richterinnen und Richter nicht unmittelbar, sondern in indirekter Wahl durch einen Wahlausschuss, der aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages besteht.

Verfassungspolitisch erscheint die Wahl durch das Plenum des Deutschen Bundestages vorzugswürdig. Der Gesetzesentwurf, der von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages an diesem Donnerstag in 1. Lesung im Plenum eingebracht wurde (Drs. 18/2737), sieht vor, die Wahl dem Plenum des Deutschen Bundestages zu übertragen.

INNENPOLITIK

Bundesbesoldungs- und Beamtenversorgung anpassen

Ziel des Gesetzesentwurfes, am Donnerstag in 2./3. Lesung beraten (Drs. 18/1797, 18/2136), ist es, die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 1. April 2014 an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Die Dienst- und Versorgungsbezüge werden von März 2014 an und ab März 2015 linear angehoben.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>